

## «Kämpfen Sie bitte weiter für unser Fussballstadion!»

Stadion Zürich – Nachgefragt bei Kantonsrätin Carmen Walker Späh

«Freisinn»: Wie lange können die Beschwerdeführer und der VCS den Bau des Stadions Zürich noch verzögern? Länger als am 30. Juni 2004?



Carmen Walker Späh

**Carmen Walker Späh:** Es kommt ganz darauf an, ob das Verwaltungsgericht auf die Beschwerde der Sektion eintreten kann bzw. ob der VCS Schweiz der Sektion die nachträgliche Vollmacht zur Beschwerdeerhebung erteilt. Wird die Vollmacht nicht erteilt, könnte das Verwaltungsgericht bis 30. Juni auf die Beschwerde nicht eintreten. Im anderen Fall dürfte das Verfahren erfahrungsgemäss einige Monate dauern. Nach dem

Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht bestünde immer noch die Möglichkeit, den Entscheid ans Bundesgericht weiterzuziehen. Damit wäre die EM 2008 für Zürich kaum noch zu retten. Was die aufschiebende Wirkung der Beschwerde betrifft, so könnte insbesondere

über die Zahl der Parkplätze auch gestritten werden, ohne dass der Bau verzögert wird. Das Zürcher Planungs- und Baugesetz § 339 PBG sieht dies nämlich ausdrücklich vor. Aus der Sicht der Investoren macht dies jedoch wenig Sinn. Sie brauchen verlässliche Grundlagen für die Verhandlungen mit den künftigen Mietern, auch bezüglich der Zahl der Abstellplätze.

*Sie haben bei Ihren Auftritten viel Zustimmung für die Kritik am VCS erhalten. Welche Forderungen wurden an Sie herangetragen?*

Die Rückmeldungen haben ein klares Bild ergeben:

Nur gerade zwei nicht aus freisinnigen Kreisen erfolgte Reaktionen stellten sich hinter die Positionen des VCS. Alle anderen kritisierten die Ausübung des Verbandsbeschwerderechts durch den VCS. Gerade Freisinnige forderten, dass endlich etwas gegen die «Verhinderungsmentalität» unternommen werde. Die überwiegende Zahl verlangte gar eine Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts. Ich habe gespürt, wie das Thema stark berührt. Das kompromisslose Vorgehen des VCS, insbesondere der Sektion Zürich, erfüllt viele mit grossem Unmut. Die meisten fanden es absolut unverständlich, dass ein in einer Volksabstimmung an-

genommenes Projekt über den Weg des Verbandsbeschwerderechts verhindert wird. Einige Reaktionen bezogen sich auch auf das Fahrtenmodell, über das bezüglich der rechtlichen Grundlagen grosse Unsicherheit besteht. Es sei doch unhaltbar, wurde vorgetragen, dass ein für Zürich so bedeutendes Projekt verhindert werde, ohne dass sich die Beschwerde auf klares Recht abstützen könne. Gefreut hat mich, dass wirklich alle Kontakte in diesem Sinn mit dem Schluss endeten: Kämpfen Sie bitte weiter für unser Fussballstadion! ■

Fortsetzung von Seite 1

Überraschung ist perfekt» eröffnet.

### Verbandsbeschwerderecht heute überholt

Das Verbandsbeschwerderecht ist historisch zu erklären: Es ist als Reaktion auf die rege Bautätigkeit in den achtziger Jahren entstanden. Die Beschwerdeflut konnte kanalisiert werden, indem die Umweltverbände in das Baubewilligungsverfahren eingebunden wurden. Heute aber ist das Verbandsbeschwerderecht

überholt. Es gesteht den Umweltverbänden eine nicht akzeptable Sonderstellung zu und ist zu einem missbrauchten Verhinderungsinstrument geworden. Die FDP muss die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts in dieser Form einleiten. Das ökonomische Argument muss neben dem ökologischen stärker gewichtet werden. Damit in der Schweiz in Zukunft wieder zukunftsträchtige Würfe möglich sind, die Investitionen auslösen, Arbeitsplätze schaffen und Fussballfans jubeln lassen. ■

## Polizeiorganisationsgesetz, wie weiter?

**Völlig unerwartet hat am 24. Mai der Kantonsrat mit den Stimmen von SVP und SP das lange erwartete Polizeiorganisationsgesetz (POG) von der Traktandenliste abgesetzt. Für die FDP ist dieser politische Coup, der einer Panikübung gleicht, inhaltlich nicht nachvollziehbar. Das zur Debatte stehende Polizeiorganisationsgesetz wurde nämlich in der Kommission fast einstimmig auch von den SVP- und SP-Vertretern gutgeheissen und von den Parteien und der Öffentlichkeit durchwegs positiv aufgenommen.**

«Freisinn»: Thomas Vogel, hat die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) bereits das weitere Vorgehen im POG besprochen?

**Thomas Vogel:** Selbstverständlich war die Absetzung des POG Thema in der KJS. Sicher ist eines: Es muss so schnell wie möglich ein Weg gefunden werden, im POG weiterzukommen. Es ist mir zurzeit

aber nicht klar, wie sich meine Kommissionskollegen – insbesondere von SVP und SP – das weitere Vorgehen vorstellen. Es liegt nun aber genau an

Fortsetzung auf Seite 4

## Kann sich Zürich die NFA leisten?

### Fraktionspräsident Thomas Isler äussert sich kritisch

«Freisinn»: Laut einer aktuellen Modellrechnung wird der Kanton Zürich mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) noch mit 219 Mio. Franken Mehrbelastung zu rechnen haben. Das sind 88 Mio. Franken weniger als zunächst befürchtet. Kann sich der Kanton Zürich diese Mehrbelastung überhaupt leisten?

**Thomas Isler:** Beginnen wir am Schluss. In der momentanen Situation kann sich der Kanton Zürich

diese Mehrbelastung nicht leisten. Obwohl Finanzdirektor Huber im Abstimmungskampf gegen das Steuerpaket des Bundes damit argumentierte, dass NFA und Steuerpaket nicht gegengerechnet werden können, hat er in der Finanzplanung des Kantons eine Steuererhöhung für den Ausgleich der NFA vorgesehen. Beim derzeitigen Steuerertrag würde die NFA eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 bis 6 Prozent erforderlich machen.

*Wieso werden die grossen Zentrumsleistungen des*



Kantonsrat Thomas Isler

*Kantons Zürich nicht besser von den übrigen Kantonen abgegolten?*

Grundsätzlich wird nicht die Last in den Vordergrund gestellt, sondern die

wirtschaftliche Potenz, und diese wird abgeschöpft. Deshalb werden auch andere Kantone wie Zug, Schwyz oder Baselland deutlich stärker zur Kasse gebeten. Trotzdem: Die Lasten der Zentrumskantone werden in Bern immer noch zu wenig berücksichtigt. Es wird unsere politische Aufgabe sein, Bern auf diese die starken Kantone schwächenden Lasten zu sensibilisieren. Hier müssen wir Zürcher uns besser für unsere Anliegen wehren.

*Welche Position bleibt aus Zürcher Sicht gegen-*

*über der NFA einzunehmen?*

Die FDP spricht sich klar für Steuerwettbewerb und damit gegen eine materielle Steuerharmonisierung aus. Daher steht die FDP-Fraktion der NFA kritisch gegenüber. Solidarität unter den Regionen bedeutet nicht allein, immer mehr Mittel umzuverteilen. Es geht ebenso darum, den Wirtschaftsstandort Zürich mitzutragen und vorwärts zu bringen, zum Beispiel bei der Bewältigung des Agglomerationsverkehrs oder bei der Frage des Fluglärms. ■

Fortsetzung von Seite 3

diesen Fraktionen, die Verantwortung für den Schlammassel zu übernehmen, den sie angerichtet haben. Man muss sehen: Die KJS beschafft sich ja nicht selber Arbeit, sondern erhält diese zugeteilt.

*Haben die Kommissionsmitglieder aus den Reihen der SVP und SP den Absatzungsbeschluss mitgetragen?*

Zum Teil offenbar leider ja. Ich habe aber nicht auf das Abstimmungsverhalten der anderen geachtet – es scheint, so wurde mir von Besuchern auf der Tribüne zugetragen, als wären die meisten Kommissionsmitglieder sitzen geblieben oder haben sogar gegen ihre Fraktion gestimmt.



Kantonsrat Thomas Vogel

Das dünkt mich auch angebracht, zumal die meisten KJS-Mitglieder von SVP und SP offenbar erst am Morgen der Ratssitzung in die Absatzungspläne eingeweiht worden sind. Auch darüber kann ich mich eigentlich nur wundern.

*Wie lange etwa verzögert sich die Umsetzung des POG durch die Blockadepolitik von SVP und*

*SP? Und was heisst das für die Sicherheit in Stadt und Kanton Zürich?*

Das ist ganz schwer zu sagen. Meines Erachtens wäre das POG wieder auf die Traktandenliste zu setzen. Allenfalls könnte Ruedi Jeker nach durchgeführt 1. Lesung, also dann, wenn er zumindest in den Grundzügen die Meinung des Kantonsrates zum POG kennt, einen Verordnungsentwurf vorlegen. Aber das basiert auf reinem Goodwill seitens der Direktion. Formell existiert kein solches Vorgehen. Was die Sicherheit in Stadt und Kanton Zürich angeht, steht für mich eines fest: Kompetenzstreitigkeiten oder -unklarheiten zwischen Polizeikörpern steigern die Sicherheit ganz si-

cher nicht. Hier muss nun endlich Klarheit geschaffen werden – der Kantonsrat als Gesetzgeber muss nun seine Verantwortung wahrnehmen und das POG nicht auf die lange Bank schieben.

*Welcher Schaden ist Stadt und Kanton Zürich durch den Polizeistreit entstanden?*

Der Schaden besteht meines Erachtens im nun wieder verhärteten Klima. Die KJS war nach meiner Meinung sehr druckresistent und hat ein Klima des Vertrauens geschaffen. Regierungsrat Jeker und Stadträtin Maurer haben offensichtlich den Draht zueinander gefunden und führen einen konstruktiven Dialog – das, was man eigentlich ja immer schon hätte

erwarten dürfen. Der Kantonsrat hat mit seiner unberechenbaren Kurzschlussreaktion dieses vertrauensvolle Klima torpediert und wieder Misstrauen gesät. Die beiden Fraktionschefs Fredi Heer (SVP) und Dorothee Jaun (SP) sind in dieser Sache ihrer Aufgabe als Vorsitzende nicht souverän genug nachgekommen. Das ist sehr bedauerlich und hoffentlich reparabel. ■

Fortsetzung des «Zürcher Freisinns» auf Seite 21.